

# **Arbeitspapier/Dokumentation**

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 122/2004

Viola Neu

## **Die Deutschen und die Außen- und Sicherheitspolitik**

Berlin, März 2004

ISBN 3-937731-06-7

Ansprechpartner:

Dr. Viola Neu  
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung  
Telefon: 030 26996 – 506  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Wichmannstr. 6, 10907 Berlin

# Inhalt

Zusammenfassung	5
1. Die Europäische Union	8
2. Die Ausrichtung deutscher Außenpolitik	15
3. Die Rolle der Bundeswehr	21
4. Die Rolle der NATO und der UNO	25
5. Transatlantische Beziehungen: Die Haltung gegenüber den USA	27
Die Autorin	29

## **Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse**

Die Europäische Union wird von den Bürgern längst noch nicht in ihrer Bedeutung anerkannt. 57 Prozent hören zum ersten Mal, dass es einen Europäischen Verfassungskonvent gibt.

Die Bürger wünschen sich in erster Linie eine bessere Durchschaubarkeit der Arbeit der Europäischen Union (46 Prozent).

Die bisher getroffenen konkreten Maßnahmen der Europäischen Union werden positiv bewertet (einheitliche Umweltrichtlinien, Abschaffung der Grenzkontrollen und freie Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). Eher kritisch werden der Euro, landwirtschaftliche Subventionen, Ausgleichszahlungen, wirtschaftspolitische Regelungen und die Osterweiterung gesehen.

Der Wunsch nach einer stärker national dominierten Politik ist hoch (57 Prozent). Eine Mehrheit bewertet die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ambivalent.

Mit Befürchtungen und Sorgen sehen die Deutschen der EU-Osterweiterung entgegen. Wirtschaftliche Probleme der Unternehmen, steigende Zuwanderung und illegale Einwanderung, ein Anwachsen der Kriminalität und die Steigerung der Arbeitslosigkeit charakterisieren den Sorgenhaushalt der Deutschen. Positive Effekte der EU-Osterweiterung werden noch nicht wahrgenommen.

Mit deutlichen Vorbehalten begegnen die Deutschen einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Die Missachtung der Menschenrechte, der Stand der demokratischen Entwicklung, kulturelle Fremdheit (Islam) und auf die EU zukommende finanzielle Lasten prägen die gegen einen Türkei-Beitritt gerichteten Einstellungen. Potentiell positive Auswirkungen sind kaum in das Bewusstsein vorgedrungen (z.B. die Stabilisierung der Region, Integration der Türken in Deutschland, wirtschaftliche Impulse für die EU).

Die Deutschen interpretieren Außenpolitik in erster Linie als nationale Interessenvertretung. Die internationale Verantwortung, z.B. das Eingreifen bei Menschenrechtsverletzungen, ist von nachgeordneter Bedeutung.

Am stärksten fühlen sich die Deutschen vom internationalen Terrorismus bedroht (69 Prozent). Die Hälfte der Befragten sieht in radikalen Moslems und dem islamischen Fundamentalismus eine Gefahr. An dritter Stelle rangieren Ängste vor Massenvernichtungswaffen. Alle anderen Gefahrenszenarien sind im Bewusstsein der Deutschen nachgeordnet.

Das transatlantische Verhältnis hat für die Deutschen einen hohen Stellenwert, auch wenn das Amerikabild durch Ressentiments geprägt ist. Im Bereich der Gefahrenabwehr sind die Deutschen für gemeinsame Lösungen mit den Vereinigten Staaten und lehnen europäische Alleingänge ab (Ausnahme: Flüchtlingsbekämpfung und Balkanpolitik). Zwar wird den Vereinigten Staaten Egoismus und Rücksichtslosigkeit in der Interessenvertretung attestiert, doch ein gutes Verhältnis zu den USA wird übereinstimmend (90 Prozent) für wichtig erachtet. Innerhalb dieses Verhältnisses wird jedoch mehr europäische Eigenständigkeit gefordert.

Die Deutschen lehnen Angriffskriege deutlich ab, unabhängig davon wie sie begründet werden. Weder die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen noch der Kampf gegen Diktaturen rechtfertigt in ihren Augen einen Krieg.

Bei der Frage der Beibehaltung der Wehrpflicht sind die Meinungen gespalten.

43 Prozent sprechen sich für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus; 44 Prozent plädieren für die Umwandlung in eine Berufsarmee.

Die Deutschen stehen hinter den Kernaufgaben der Bundeswehr. Sowohl das neue Aufgabenprofil der Friedenssicherung, der Einsatz bei Katastrophenfällen als auch die Unterstützung der Polizei finden ebenfalls breite Unterstützung.

Trotz positiver Bewertung des NATO-Einsatzes auf dem Balkan, wächst der NATO nicht die Rolle einer international für Ordnung sorgenden „Weltpolizei“ zu.

Die UNO hat zwar ein negatives Image als Institution, in der viel geredet und wenig gehandelt wird. Ebenso wird die mangelnde Handlungsfähigkeit durch unterschiedliche Interessenlagen der Mitglieder kritisch bewertet. Aber weder die Mitgliedschaft von Diktaturen in der UNO ist Anlass zur Kritik noch befürwortet eine Mehrheit eine Konzentration der UNO-Aufgaben auf Humanitäres.

## 1. Die Europäische Union<sup>1</sup>

Trotz der gewachsenen Bedeutung fristet die Europäische Union in den Vorstellungen der Bürger ein Schattendasein. Selbst die Diskussion um den Verfassungskonvent wird von einer Mehrheit ignoriert. Gerade 43 Prozent geben an, dass sie vom Verfassungskonvent, der die Europäische Verfassung ausarbeitet, gewusst haben. 57 Prozent hörten davon in der Umfrage zum ersten Mal. Westdeutsche zeigen sich etwas informierter (44 Prozent) als Ostdeutsche (40 Prozent). Jung- und Erstwähler zeigen sich zu drei Viertel (74 Prozent) überrascht, ebenso wie zwei Drittel der Frauen (66 Prozent). Am besten informiert sind die mittleren Jahrgänge, von denen 48 Prozent von der Diskussion um die Europäische Verfassung bereits etwas gehört haben. Die Anhängerschaft der Union ist im Vergleich zu den Anhängerschaften anderer Parteien am schlechtesten informiert (54 Prozent hören zum ersten Mal vom Verfassungskonvent).

Die Haltungen gegenüber der neuen Verfassung sind bei den Informierten ambivalent. 19 Prozent glauben, dass das Ergebnis des Konvents einen wesentlichen Einfluss auf die Weiterentwicklung der EU haben wird. 15 Prozent bezweifeln dies und 9 Prozent haben sich hierüber noch keine Meinung gebildet.

Daher verwundert es auch nicht, dass an erster Stelle der Wunsch nach mehr Transparenz geäußert wird, wenn man danach fragt, was die Europäische Union in den nächsten Jahren vor allem braucht. 46 Prozent wünschen sich eine bessere Durchschaubarkeit, 21 Prozent plädieren für mehr Handlungsfähigkeit und 20 Prozent sehen größere Bürgernähe als wichtigste Eigenschaft der EU. Ein Demokratiedefizit sehen nur 6 Prozent.

Somit sind die Erwartungen an die Europäische Union von den tatsächlichen politischen Prozessen weit abgekoppelt. Während die EU um eine demokratische Verfas-

---

<sup>1</sup> Die Ergebnisse basieren auf einer Face-to-Face Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt hat. Die Feldzeit lief vom 15. bis 26. November 2003. Es wurden insgesamt 2.105 Interviews realisiert (1.259 im Westen und 846 im Osten). Als Vergleichszahlen wurden vorangegangene Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung hinzugezogen.

sung ringt, die mit 25 Mitgliedstaaten Handlungsfähigkeit sichert, ist das wahrgenommene Hauptdefizit die mangelnde Transparenz auf europäischer Ebene.

Was glauben Sie, was braucht die Europäische Union in den nächsten Jahren vor allem:	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
<b>Bessere Durchschaubarkeit</b>	50	44	46	42	53	42	46
<b>Mehr Handlungsfähigkeit</b>	19	30	31	32	11	20	21
<b>Größere Bürgernähe</b>	21	15	21	23	16	23	20
<b>Mehr Demokratie</b>	4	8	7	6	10	5	6

Die konkreten Auswirkungen der europäischen Einigung werden hingegen weitgehend positiv bewertet. Und hier sind sich die West- und Ostdeutschen in der Einschätzung recht ähnlich. Auch zwischen den Parteilagern besteht in vielen Punkten Konsens (sieht man von der Anhängerschaft der PDS ab, die generell gegenüber der EU eine größere Distanz bewahrt).

So stoßen einheitliche Umweltrichtlinien, die freie Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aber auch die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern auf deutliche Zustimmung. Der Euro wird hingegen nur von knapp der Hälfte der Deutschen positiv bewertet. Wirtschaftspolitische Regulierungen, landwirtschaftliche Subventionen und sogar ein einheitliches Wohlstandsniveau in Europa werden nur von einer Minderheit der Deutschen begrüßt.

Kritisch wird vor allem die EU-Osterweiterung gesehen. Nur 22 Prozent finden sie eher gut; 59 Prozent haben eine negative Haltung. Diese Frage polarisiert auch die Wählerschaften der Parteien im Rahmen des rechts-links Schemas. Während nur 20 Prozent der Unions-Anhänger die Erweiterung eher positiv bewerten, sind es unter den SPD-Anhängern 42 Prozent und den Bündnisgrünen 39 Prozent. Im Lager der Unentschlossenen sind Bedenken gegenüber der Osterweiterung (60 Prozent) ebenfalls weit verbreitet.

<b>Einstellungen zur EU</b> Jeweils: finden eher gut	<b>Insgesamt</b>
<b>Einheitliche Umweltrichtlinien</b>	87
<b>Freie Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes</b>	78
<b>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</b>	70
<b>Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den meisten EU-Staaten</b>	61
<b>Gemeinsame Europäische Währung</b>	49
<b>Subventionen der landwirtschaftlichen Produktion</b>	32
<b>Durch Ausgleichszahlungen das Wohlstandsniveau der verschiedenen Länder angleichen</b>	29
<b>Eingreifen in die Wirtschaftspolitik einzelner Länder</b>	27
<b>EU-Osterweiterung</b>	22

Die Ursache für die Ressentiments gegenüber der Europäischen Union dürfte in der nach wie vor starken Orientierung auf die nationale Ebene zu suchen sein. Auch hier zeigen sich die Deutschen gegenüber der tatsächlichen Lage erstaunlich resistent. Der stetige Kompetenzzuwachs der EU wird weitgehend abgelehnt. Eine Mehrheit von 57 Prozent möchte die Entscheidungsmacht bei den nationalen Parlamenten angesiedelt wissen.

Im Vergleich zu 1999 ist die Akzeptanz gesunken, mehr Befugnisse abzugeben. Doch ist damit nicht der Wunsch nach mehr nationaler Eigenständigkeit gewachsen. Stark angestiegen ist der Anteil der Ratlosen, die sich für keine der beiden Positionen entscheiden können. In der Anhängerschaft der Union findet sich die stärkste Basis für Entscheidungen in eigener Verantwortung. 61 Prozent sprechen sich für eine größere nationale Souveränität aus.

<b>Einstellungen zur weiteren Entwicklung in Europa</b>	<b>1999</b>	<b>2003</b>
<b>Die einzelnen EU-Länder sollten möglichst viel selbst entscheiden</b>	62	57
<b>Die EU-Länder sollten mehr Befugnisse an die EU abgeben</b>	34	21
<b>Unentschieden</b>	4	23

Die Mitgliedschaft in der EU wird derzeit wieder skeptischer bewertet. Der Anteil derjenigen, die weder Vor- noch Nachteile sehen liegt bei 49 Prozent. Zwar sehen 27 Prozent eher Vorteile, aber 20 Prozent bewerten die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU eher negativ. Im Vergleich zu 1999 ist der Anteil derer, bei denen sich Vor- und Nachteile die Waage halten, um 39 Punkte angestiegen. Die Anzahl der Befürworter und Kritiker ist gleichermaßen zurückgegangen. War 1999 von einer polarisierten Sicht gegenüber der EU geprägt, ist 2003 etwa wieder auf dem Niveau der 80er Jahre angelangt, als Vor- und Nachteile gleichermaßen im Blickfeld waren. Damit stehen die Deutschen der EU im Vorfeld der Europawahl eher reserviert gegenüber.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat ...	1983	1989	1993	1995	1999	2003
Eher Vorteile	27	24	22	25	46	27
Eher Nachteile	23	31	29	29	41	20
Teils Vorteile/Teils Nachteile	46	44	50	46	10	49

Die Anhänger der Bündnisgrünen und der SPD stehen der EU-Mitgliedschaft am positivsten gegenüber. Deutlich reservierter sind die Anhänger der Union, FDP und PDS. Sieht man von der PDS ab, die in allen Einstellungsprofilen europafern ist, ist das bürgerliche Lager am skeptischsten.

Die Mitgliedschaft in der EU hat ...	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Eher Vorteile	27	43	24	47	25	23	27
Eher Nachteile	20	8	25	14	16	19	20
Teils Vorteile/Teils Nachteile	51	44	51	38	49	54	49

Im bürgerlichen Lager ist die Kritik an der Höhe der Ausgaben der Bundesrepublik an die Europäische Union besonders stark verbreitet. 70 Prozent der Unions- und 65 Prozent der FDP-Anhänger, aber auch 62 Prozent der Unentschiedenen empfinden die Kosten zur Finanzierung der europäischen Einheit zu hoch. Bei SPD-Anhängern sind es lediglich 48 Prozent und bei den Bündnisgrünen-Anhängern 42 Prozent, wel-

che die Finanzierung kritisch bewerten. Je älter die Befragten sind, desto kritischer stehen sie der Höhe der Zahlungen gegenüber.

Neben der finanziellen Belastung wird im Lager der Union auch der Beitritt der osteuropäischen Länder kritisch bewertet. Auch hier sind sich die Anhänger der Union und der FDP einig: 67 Prozent der Unions- und 66 Prozent der FDP-Anhänger empfinden den Beitritt der osteuropäischen Länder als zu früh. Hier zeichnet sich eine politische Lagerbildung ab. SPD-Anhänger (53 Prozent), aber vor allem Grüne-Anhänger (39 Prozent), haben zum Beitritt im nächsten Jahr eine positivere Einstellung. In der Bevölkerung dominiert insgesamt das Unbehagen gegenüber dem Beitrittszeitpunkt. 59 Prozent glauben, dass der Beitritt zu früh kommt, 3 Prozent sind der Ansicht, er käme zu spät, und 16 Prozent sind der Ansicht, er käme gerade richtig. Das Lager der Unentschiedenen ist auch hier recht groß. Immerhin ein Fünftel (23 Prozent) weiß noch nicht, wie es den Beitrittszeitpunkt bewerten soll. Auch die Haltung der Generationen weist eine hohe Heterogenität auf. Bei den jüngeren Wählern sind Vorbehalte deutlich weniger verbreitet als bei älteren Wählern. So empfinden nur 45 Prozent der 18 - 24jährigen den Zeitpunkt als zu früh, während es in der Altersgruppe der 40 - 59jährigen 63 Prozent und bei den über 60jährigen 61 Prozent sind. Prüft man jetzt im einzelnen, welches Meinungsbild gegenüber der EU-Osterweiterung herrscht, zeigen sich auch hier wieder im Lager der Union und der FDP die größten Ressentiments.

Osterweiterung der EU: Jeweils: stimme voll und ganz zu/stimme eher zu	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insge- samt
Es werden viele Deutsche Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht so billig produzieren können wie die Firmen in den osteuropäischen Staaten	87	71	83	75	74	88	85
Die Kriminalität wird bei uns zunehmen	82	61	81	61	77	80	78
Die Zahl der Zuwanderer aus Osteuropa nach Deutschland wird zunehmen	86	70	85	76	81	85	82
Die Arbeitslosigkeit wird dadurch bei uns steigen	76	54	80	50	81	77	74
Es wird mehr illegale Einwanderung in die EU geben	74	62	74	49	71	70	69
Die Demokratien in Osteuropa sind noch nicht reif für die EU, es fehlt die Erfahrung mit demokratischen Verfahren	76	53	81	54	64	73	72
Die Osterweiterung wird den Wohlstand in der ganzen EU nach unten ziehen	69	49	67	51	70	63	65
Einige osteuropäische Länder sind unserer Kultur zu fremd	64	44	60	37	49	59	58
Die EU wird durch die Osterweiterung zu groß	52	31	36	31	42	46	47
Durch die Osterweiterung gibt es viele neue Aufträge für die deutsche Wirtschaft	46	61	60	62	47	49	47
Die EU wird vom Beitritt wirtschaftliche Vorteile haben	32	45	33	54	45	34	35

Die Sorgen, die mit der EU-Osterweiterung verbunden sind, basieren in erster Linie auf wirtschaftlichen Überlegungen. 85 Prozent befürchten, dass „viele deutsche Unternehmen in Schwierigkeiten kommen, weil sie nicht so billig produzieren können wie die Firmen in den osteuropäischen Staaten“. 74 Prozent machen sich Sorgen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland ansteigt. Befürchtungen, dass die Zahl der Zuwanderer aus Osteuropa zunimmt (82 Prozent) und die Kriminalität ansteigt (78 Prozent) sind ebenfalls weit verbreitet. Aber auch Überlegungen über den Reifegrad der osteuropäischen Staaten prägen das Sorgenbündel mit. So glauben 72 Prozent, dass die Demokratien noch nicht reif seien, da es ihnen an Erfahrung mit demokratischen Verfahren mangle. Illegale Einwanderung, die Senkung des

Wohlstandsniveaus in der ganzen EU und die kulturelle Fremdheit sind für eine Mehrheit Anlass zur Sorge.

Doch nicht nur dem Beitritt der osteuropäischen Länder wird mit Vorbehalten begegnet. Auch eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei stößt auf Skepsis. 63 Prozent der Befragten fänden einen EU-Beitritt der Türkei nicht gut. Lediglich 15 Prozent sprechen sich dafür aus, während 22 Prozent noch unentschlossen sind. Die Anhänger der FDP lehnen mit 75 Prozent einen Beitritt am deutlichsten ab, gefolgt von der Anhängerschaft der Union mit 68 Prozent und 63 Prozent der PDS-Anhänger. Gut die Hälfte der SPD- und Grünen-Anhänger würden den Beitritt ebenfalls nicht begrüßen.

Den Deutschen macht in erster Linie Sorge, dass das politische System der Türkei noch nicht „demokratisch“ ist. 84 Prozent führen an, dass die Türkei noch nicht reif für die EU sei, weil dort Menschenrechte missachtet würden. 80 Prozent führen den Stand der demokratischen Entwicklung an. Aber auch ein wachsender Einfluss des Islam wird von 76 Prozent als Problem genannt. Finanzielle Lasten für die EU und eine Zunahme der Zuwanderung aus der Türkei rangieren auf der Sorgenliste weit oben. Andererseits sieht eine Mehrheit von 66 Prozent den Gewinn an kultureller Vielfalt und 59 Prozent sind der Ansicht, dass die demokratische Entwicklung in der Türkei gefördert würde. Positive Effekte für eine bessere Integration der Türken, die bereits in Deutschland leben, sieht nur ein gutes Drittel. Ebenso viele erwarten durch das Wirtschaftspotential der Türkei einen langfristig positiven Effekt auf die EU. Die in der Außenpolitik bedeutsame Frage der Stabilität der Region durch die Integration der Türkei spielt in Köpfen nur eine nachgeordnete Rolle. Gerade 38 Prozent führen diesen Aspekt an.

<b>Betritt der Türkei in die EU: Jeweils: stimme voll und ganz zu/stimme eher zu</b>	<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>B90/ Grüne</b>	<b>PDS</b>	<b>Unent.</b>	<b>Insge- samt</b>
<b>Die Türkei ist noch nicht reif für die Mitgliedschaft, denn dort werden die Menschenrechte missachtet</b>	88	74	86	80	74	85	84
<b>Die Türkei ist von ihrer demokratischen Entwicklung her noch nicht reif für einen Beitritt</b>	85	63	82	66	70	84	80
<b>Der Einfluss des Islam wird größer</b>	81	62	74	67	59	78	76
<b>Die Zuwanderung aus der Türkei würde nach einem Beitritt noch zunehmen</b>	79	58	79	61	69	74	73
<b>Ein Beitritt der Türkei führt zu größeren finanziellen Lasten für die EU</b>	83	65	84	65	72	80	79
<b>Die kulturelle Vielfalt in der EU wird sich vergrößern</b>	66	68	75	72	68	66	66
<b>Die demokratische Entwicklung in der Türkei wird gefördert</b>	61	67	58	76	51	63	59
<b>Der Beitritt würde helfen, die in Deutschland lebenden Türken besser zu integrieren</b>	31	36	24	45	41	40	34
<b>Die Türkei hat ein großes Wirtschaftspotential und wird dadurch mittel- und langfristig die EU stärken</b>	30	44	31	45	35	31	32
<b>Die Situation im Nahen Osten wird dann stabiler</b>	27	35	24	40	25	28	28

## **2. Die Ausrichtung deutscher Außenpolitik**

Gegenüber der Außenpolitik dominiert ein stark nationales Interesse, der internationale Aspekt ist weniger bedeutsam. 45 Prozent plädieren für eine Ausrichtung der Außenpolitik an nationalen Interessen. 38 Prozent sind der Ansicht, dass Menschenrechtsverletzungen eine aktive deutsche Außenpolitik nötig machen. Deutschland als Motor der EU wird von einem knappen Drittel (32 Prozent) als wichtige Ausrichtung deutscher Außenpolitik gesehen. Nur ein gutes Fünftel (24 Prozent) sieht das internationale Gewicht Deutschlands durch die Wirtschaftskrise bedroht.

Die Betonung nationaler Interessen wird vor allem von Unions- und FDP-Anhängern stärker präferiert (jeweils mehr als die Hälfte). SPD- und Grünen-Anhänger betonen stärker nicht nationale Handlungsmotive der Außenpolitik. Ihnen ist das Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen sowie Deutschlands Rolle bei der Einigung Europas wichtiger.

<b>Ausrichtung der deutschen Außenpolitik: Jeweils starke Zustimmung</b>	<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>B90/ Grüne</b>	<b>PDS</b>	<b>Unent.</b>	<b>Insge- samt</b>
<b>Deutsche Außenpolitik sollte in erster Linie deutsche Interessen vertreten</b>	51	34	56	26	31	43	45
<b>Wenn Menschenrechte verletzt werden, muss Deutschland auch international alles tun, um diese zu schützen</b>	40	51	39	60	30	30	38
<b>Durch die Wirtschaftskrise verliert Deutschland außenpolitisch an Gewicht</b>	32	11	26	13	15	20	24
<b>Deutschland muss für die Einigung Europas eintreten</b>	33	41	50	39	41	27	31

Als Hauptherausforderung der Sicherheitspolitik sehen die Deutschen den Internationalen Terrorismus (69 Prozent) und den islamischen Fundamentalismus (50 Prozent). Massenvernichtungswaffen werden von 43 Prozent als Bedrohung wahrgenommen. Die unsichere Lage im Nahen Osten und die Folgen der Umweltverschmutzung rangieren im Mittelfeld der Gefahrenszenarien. Von geringer Bedeutung sind die anderen Bedrohungen: Nur jeweils 15 Prozent fühlen sich von Diktaturen oder Flüchtlingen bedroht. Die unsichere Lage auf dem Balkan und eine aggressive russische Außenpolitik werden als Gefahren nicht wahrgenommen.

<b>Sicherheitspolitische Aspekte der Außenpolitik: Jeweils sehr große Gefahr</b>	<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>B90/ Grüne</b>	<b>PDS</b>	<b>Unent.</b>	<b>Insge- samt</b>
<b>Internationaler Terrorismus</b>	71	64	74	60	61	70	69
<b>Radikale Moslems, Islamischer Fundamentalismus</b>	55	44	61	42	28	51	50
<b>Massenvernichtungswaffen</b>	39	44	42	42	50	43,9	43
<b>Die unsichere Lage im Nahen Osten</b>	33	29	36	27	42	32	32
<b>Die Folgen der Umweltverschmutzung und der Klimaveränderungen</b>	23	27	11	42	41	28	27
<b>Dass zu viele Flüchtlinge zu uns kommen</b>	21	12	24	6	17	21	21
<b>Diktaturen</b>	15	13	22	22	17	12	15
<b>Dass uns Länder unter Druck setzen, auf deren Rohstoffe (z.B. Ergas, Erdöl) wir angewiesen sind</b>	12	7	6	7	9	14	12
<b>Die unsichere Lage auf dem Balkan</b>	10	7	11	11	9	11	11
<b>Dass Russland eine aggressive Außenpolitik betreibt</b>	6	5	3	5	6	6	7
<b>Jeweils Grosse Gefahr (nur wichtigste Items)</b>							
<b>Die unsichere Lage im Nahen Osten</b>	50	47	44	55	40	49	48
<b>Die Folgen der Umweltverschmutzung und der Klimaveränderungen</b>	43	47	52	40	37	43	43
<b>Die unsichere Lage auf dem Balkan</b>	39	29	46	34	25	36	36
<b>Radikale Moslems, islamischer Fundamentalismus</b>	34	39	27	36	39	37	35
<b>Massenvernichtungswaffen</b>	36	31	39	35	27	35	34

Die Globalisierungsdebatte findet weitgehend ohne Resonanz in der Bevölkerung statt. Gerade 41 Prozent geben an, sie hätten davon eine deutliche Vorstellung. 52 Prozent haben eine vage Idee, was damit verbunden sein könnte. Die Globalisierung wird auch nicht überwiegend negativ wahrgenommen. Vielmehr ist das Verhältnis zwischen denjenigen, die mehr Chancen (36 Prozent) sehen und denjenigen, die die

Risiken (37 Prozent) wahrnehmen, ausgewogen. 20 Prozent können sich nicht auf ein Szenario festlegen, 8 Prozent geben an, sie würden zum ersten Mal von Globalisierung hören. Damit korrespondiert die öffentliche Meinung nicht mit dem Tenor vieler globalisierungskritischer Feuilletons.

Bei fast allen Gefahrenpotentialen bevorzugen die Deutschen eine gemeinsame Politik mit den USA. Dass der internationale Terrorismus am besten von der EU und den USA gemeinsam bekämpft werden soll, ist Konsens der Deutschen (91 Prozent). Auch bei der Gefährdung durch radikale Moslems und durch den radikalen Islam wollen die Deutschen eine gemeinsame Arbeit der EU mit den USA. Die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft spiegelt sich in dem Wunsch wider, Massenvernichtungswaffen gemeinsam zu bekämpfen und die unsichere Lage im Nahen Osten gemeinsam zu befrieden. Aber auch internationale Politik gegen Umweltverschmutzung und Klimaveränderungen sehen die Deutschen nicht nur auf der EU-Ebene angesiedelt. Gemeinsame Politikkompetenzen zwischen EU und USA werden bei Erpressungsszenarien rohstoffbesitzender Länder und einer aggressiven russischen Außenpolitik betont. Die Flüchtlingsproblematik wird hingegen in erster Linie als EU eigenes Politikfeld wahrgenommen. In der Balkanpolitik plädiert eine relative Mehrheit für ein EU-Engagement ohne die USA.

In diesen Politikfeldern gibt es zwischen den Anhängern der Parteien nur geringe Abweichungen. Lediglich die PDS-Anhänger zeigen größere Vorbehalte gegenüber einer gemeinsamen Strategie der EU mit den USA.

<b>Wie können diese Gefahren am besten bekämpft werden?</b>	<b>Nur EU und USA zusammen</b>	<b>Nur EU alleine</b>
<b>Internationaler Terrorismus</b>	91	5
<b>Radikale Moslems, Islamischer Fundamentalismus</b>	76	15
<b>Massenvernichtungswaffen</b>	85	6
<b>Die unsichere Lage im Nahen Osten</b>	78	14
<b>Die Folgen der Umweltverschmutzung und der Klimaveränderungen</b>	69	21
<b>Dass zu viele Flüchtlinge zu uns kommen</b>	14	68
<b>Diktaturen</b>	54	16
<b>Dass uns Länder unter Druck setzen, auf deren Rohstoffe (z.B. Ergas, Erdöl) wir angewiesen sind</b>	48	32
<b>Die unsichere Lage auf dem Balkan</b>	36	48
<b>Dass Russland eine aggressive Außenpolitik betreibt</b>	43	20

Die Deutschen lehnen militärisches Eingreifen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich ab. Dabei spielt die Begründung des Angriffskriegs keine Rolle. Der Besitz von Massenvernichtungswaffen eines Staates legitimiert nur für 19 Prozent ein militärisches Eingreifen. Solange ein Staat, der Massenvernichtungswaffen besitzt, kein anderes Land angreift, sehen die Deutschen keine Notwendigkeit, präventive militärische Maßnahmen zu ergreifen. Obwohl sich 43 Prozent von Massenvernichtungswaffen bedroht fühlen, werden kriegerische Handlungen zur Beseitigung von Massenvernichtungswaffen nicht akzeptiert.

<b>Legitimation eines Angriffskrieges</b>	<b>Es gibt bestimmte Situationen, in denen ein Angriffskrieg gerechtfertigt ist. Wenn ein Staat beispielsweise Massenvernichtungswaffen besitzt und die Gefahr besteht, dass diese auch eingesetzt werden, ist ein Krieg das richtige Mittel, um schlimmeres zu verhindern.</b>	<b>Ein Krieg darf niemals geführt werden, nur weil man befürchtet, dass ein Staat Massenvernichtungswaffen einsetzen könnte. Solange dieser Staat kein anderes Land angreift, ist ein Krieg durch nichts zu rechtfertigen.</b>
<b>Gesamt</b>	19	68
<b>West</b>	21	65
<b>Ost</b>	12	79
<b>Männer</b>	24	63
<b>Frauen</b>	14	73
<b>CDU/CSU</b>	30	59
<b>SPD</b>	17	76
<b>FDP</b>	15	74
<b>B90/Grüne</b>	13	77
<b>PDS</b>	9	89
<b>Unent.</b>	16	68

Auch der Kampf gegen Diktaturen und die Schaffung von Demokratie und Freiheit akzeptieren die Deutschen nicht als Grund, einen Krieg zu führen. Vor die Wahl gestellt, sprechen sich 68 Prozent der Deutschen dafür aus, dass Diktaturen notfalls akzeptiert werden. Dies kann auch daran liegen, dass Diktaturen in fremden Ländern nicht als persönliche Gefahr wahrgenommen werden. Nur 15 Prozent sahen in Diktaturen eine Bedrohung.

<b>Legitimation eines Angriffskrieges</b>	<b>Es gibt bestimmte Situationen, in denen ein Angriffskrieg gerechtfertigt ist. Wenn es beispielsweise darum geht, eine Diktatur zu beseitigen und in einem Land Demokratie und Freiheit zu schaffen, kann Krieg das richtige Mittel sein.</b>	<b>Ein Krieg darf niemals akzeptiert werden, nur um eine Diktatur zu beseitigen. Notfalls muss man es akzeptieren, dass es Diktaturen gibt.</b>
<b>Gesamt</b>	18	68
<b>West</b>	20	65
<b>Ost</b>	11	79
<b>Männer</b>	20	67
<b>Frauen</b>	16	69
<b>CDU/CSU</b>	27	58
<b>SPD</b>	14	75
<b>FDP</b>	19	72
<b>B90/Grüne</b>	11	81
<b>PDS</b>	7	90
<b>Unent.</b>	14	69

Unabhängig davon, ob ein Angriffskrieg mit der Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen oder dem Kampf gegen eine Diktatur begründet wird, ergibt sich in beiden Fällen zwischen Ablehnern und Befürwortern militärischer Eingriffe eine klare Struktur, die auch in früheren Umfragen gemessen wurde. Die Ostdeutschen lehnen militärisches Vorgehen entschiedener ab als die Westdeutschen. Frauen stehen generell militärischen Maßnahmen reservierter gegenüber als Männer. Die größte Akzeptanz von Angriffskriegen, die sich gegen Massenvernichtungswaffen und Diktaturen richten, findet sich bei Anhängern der Union. Hier sieht ein gutes Viertel bis ein knappes Drittel einen Angriffskrieg als legitim an.

### **3. Die Rolle der Bundeswehr**

Gespalten zeigen sich die Deutschen in der Frage, ob die Wehrpflicht beibehalten werden soll oder die Bundeswehr in eine Berufsarmee umgewandelt werden soll. 43 Prozent sprechen sich für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. 44 Prozent befürworten die Umwandlung in eine Berufsarmee. Dabei tendieren Männer (47 Prozent) stärker zu einer Berufsarmee als Frauen (40 Prozent). Das Lebensalter konstituiert besonders stark die Zustimmung zur bisherigen Regelung. Je jünger die Befragten sind, desto positiver stehen sie einer Berufsarmee gegenüber. In der Altersgruppe der 18-24jährigen sprechen sich lediglich 28 Prozent für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus, bei den über 60jährigen sind es 54 Prozent.

Zwischen den Anhängern von Union, FDP und SPD zeichnen sich nur schwache Unterschiede ab. Anhänger der Union tendieren etwas stärker zur Beibehaltung der Wehrpflicht (49 Prozent) als zur Umwandlung in eine Berufsarmee (40 Prozent). Lediglich die Anhänger der Grünen sind deutlicher polarisiert. Nur 26 Prozent der Grünen-Anhänger sind für die Wehrpflicht, während sich 55 Prozent für eine Berufsarmee aussprechen.

Die Deutschen stehen hinter den Kernaufgaben der Bundeswehr. Dies gilt in Ost und West sowie für Frauen und Männer gleichermaßen. Fast 100 Prozent unterstützen den Einsatz der Bundeswehr bei der Landesverteidigung. Sehr große Unterstützung (86 Prozent) finden zivile Einsätze der Bundeswehr im Katastrophenfall und in der Flüchtlingshilfe. Einsätze im Rahmen der NATO (wenn z. B ein NATO-Partner ange-

griffen wird) werden von den Deutschen nicht angezweifelt. Auch die Kooperation mit der Polizei, um in Deutschland Bedrohungen beispielsweise durch den Terrorismus zu bekämpfen, stößt auf sehr große Zustimmung. Wenn die Bundeswehr im Ausland im Rahmen der Friedenssicherung eingesetzt wird, bestehen nur geringe Bedenken. Eine Mehrheit der Deutschen bejaht bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Verhinderung von Völkermord Einsätze der Bundeswehr. Auch der Schutz von Deutschen im Ausland wird von einer Mehrheit befürwortet. Recht schwach ist die Unterstützung von Einsätzen der Bundeswehr bei der Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, dem Aufbau von Demokratien und der Sicherung von Handelswegen oder Rohstoffquellen. Wie schon bei der Frage der Legitimation eines Angriffskrieges entscheiden sich die Deutschen sowohl bei der Befreiung besetzter Länder als auch beim Sturz von Diktatoren gegen ein Engagement der Bundeswehr.

Auch hier zeigt sich, dass die Frauen allen Einsätzen, die militärischen Charakter haben, reservierter gegenüberstehen. Humanitäre Maßnahmen, wie z. B. die Flüchtlingshilfe und die „klassischen“ Einsatzfelder der Bundeswehr stoßen nicht auf Kritik. In den neuen Ländern zeichnet sich außer bei der Landesverteidigung, dem Einsatz im Katastrophenfall und der nationalen Terrorismusbekämpfung ein niedrigeres Unterstützungsniveau ab als im Westen. Diese Reserviertheit könnte Folge des alten Ost-West-Konflikts sein.

Einsatz der Bundeswehr	West	Ost	Männer	Frauen
Zur Verteidigung bei einem Angriff auf unser Land	96	97	97	95
Einsatz, wenn bei uns oder im Ausland ein Katastrophenfall eintritt, wie z.B. ein Erdbeben, eine Überschwemmung usw.	85	86	85	86
Die Polizei unterstützen, um Bedrohungen für Deutschland (z. B. durch Terrorismus) abzuwenden	76	76	75	77
Um einem NATO-Partner zu helfen, wenn er angegriffen wird	74	59	78	65
Einsätze um Flüchtlingen zu helfen und Flüchtlingslager aufzubauen	66	56	61	67
Einsätze im Rahmen einer eigenen europäischen Friedenstruppe	65	56	66	60
Einsatz bei friedenssichernden Truppen, wie z. B. der KFOR im Kosovo, ISAF in Afghanistan	63	53	65	57
Um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen	59	55	60	56
Um einen Völkermord zu verhindern	58	43	58	52
Um Deutsche zu schützen, die im Ausland bedroht werden	51	45	52	48
Um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern	40	35	37	42
Um beim Aufbau von Demokratien zu helfen	32	21	32	28
Um wichtige Handelswege oder Rohstoffquellen (z.B. Öl, Gas) zu sichern	26	22	26	24
Um besetzte Länder zu befreien	20	10	17	19
Um Diktatoren zu stürzen	16	9	13	15

Innerhalb der unterschiedlichen Lager besteht weitgehend Einigkeit über die Rolle der Bundeswehr. Dies gilt insbesondere was die Landesverteidigung, den Katastrophenschutz und die Unterstützung der Polizei anbetrifft. Doch ergeben sich einige Unterschiede. Die Anhänger der Bündnisgrünen sind gegenüber militärischen Einsätzen reservierter eingestellt, befürworten jedoch stark den Bereich der humanitären und friedenssichernden Handlungsmöglichkeiten der Bundeswehr. Die Anhänger der Union bejahen insgesamt die verschiedenen Optionen stärker und haben gegenüber militärischen Einsätzen weniger Bedenken. Friedenssichernde Handlungen und humanitäre Einsätze finden bei den Anhängern der SPD stärkeren Rückhalt.

Bei jeder der Handlungsoptionen der Bundeswehr ist die Unterstützung der PDS-Anhänger niedriger als bei den Anhängern aller anderen Parteien.

Einsatz der Bundeswehr befürwortet:	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Zur Verteidigung bei einem Angriff auf unser Land	98	92	98	97	91	97	96
Einsatz, wenn bei uns oder im Ausland ein Katastrophenfall eintritt, wie z. B. ein Erdbeben, eine Überschwemmung usw.	88	89	90	87	84	86	85
Die Polizei unterstützen, um Bedrohungen für Deutschland (z. B. durch Terrorismus) abzuwenden	83	73	90	60	69	76	76
Um einem NATO-Partner zu helfen, wenn er angegriffen wird	83	70	74	67	57	70	71
Einsätze, um Flüchtlingen zu helfen und Flüchtlingslager aufzubauen	66	78	69	80	55	64	64
Einsätze im Rahmen einer eigenen europäischen Friedenstruppe	67	73	63	72	48	63	63
Einsatz bei friedenssichernden Truppen, wie z.B. der KFOR im Kosovo, ISAF in Afghanistan	71	77	60	69	38	57	61
Um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen	68	62	61	45	44	59	58
Um einen Völkermord zu verhindern	62	68	49	63	29	52	55
Um Deutsche zu schützen, die im Ausland bedroht werden	55	53	60	40	37	44	50
Um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern	48	38	39	32	31	35	39
Um beim Aufbau von Demokratien zu helfen	35	39	30	37	15	27	30
Um wichtige Handelswege oder Rohstoffquellen (z. B. Öl, Gas) zu sichern	32	18	39	18	19	21	25
Um besetzte Länder zu befreien	24	18	14	17	13	16	18
Um Diktatoren zu stürzen	19	17	12	14	6	12	14

#### **4. Die Rolle der NATO und der UNO**

Das Engagement der NATO auf dem Balkan wird positiv bewertet. 63 Prozent sind der Ansicht, dass dort immer noch Krieg wäre, wenn die NATO nicht eingegriffen hätte. Doch trotz der positiven Bewertung dieses Einsatzes, wird der NATO nicht generell die Rolle eines Weltpolizisten zugewiesen. 42 Prozent sehen es als Aufgabe der NATO an, international als eine Art Weltpolizei für Ordnung zu sorgen. 36 Prozent teilen die Auffassung, dass nur die NATO militärisch in der Lage sei, weltweit Krisen zu bewältigen. Dies korrespondiert mit der Zurückhaltung, die gegenüber allen militärischen Operationen besteht. Die NATO hat nicht das Image, Handlanger der USA zu sein. Nur 36 Prozent stimmen dieser Aussage zu.

Ähnlich wie bei der Frage nach den Aufgaben der Bundeswehr unterscheiden sich die Deutschen in Ost und West sowie Männer und Frauen auch in der Einstellung, welche Rolle die NATO einnehmen soll. Wieder zeigt sich bei Ostdeutschen und Frauen größere Skepsis gegenüber der NATO. Alter und berufliche Stellung spielen nur untergeordnete Rollen.

Die Zurückhaltung der Ostdeutschen gegenüber der NATO könnte ein Reflex auf die Blockkonfrontation im ehemaligen Ost-West-Konflikt sein. In den Haltungen der Ostdeutschen geht Antiamerikanismus mit Pazifismus einher. Das Eingreifen auf dem Balkan wird im Osten nicht gewürdigt, eine Haltung, die sich bereits 1999 bei der Diskussion um den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr abzeichnete und die bis heute weitgehend unbeschadet fortbesteht.

Das Image der UNO ist gespalten. Einerseits wird sie als Institution wahrgenommen, in der viel geredet und wenig entschieden wird und in der die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten die Handlungsfähigkeit lähmen. Andererseits gibt es kaum Widerstände gegen weitreichende Entscheidungen der UNO, auch wenn viele ihrer Mitgliedstaaten Diktaturen sind. Auch die Reduzierung der UNO-Aufgaben auf Humanitäres findet keine Mehrheit.

Frauen bewerten die UNO weniger kritisch als Männer. Das Image der UNO als „Schwatzbude“ und die starken Interessenkonflikte unter den Mitgliedstaaten wird

von Frauen weniger dramatisch gesehen als von Männern. Aufgrund der prinzipiellen Ablehnung aller kriegerischen Handlungen durch Frauen stehen sie auch militärischen Einsätzen der UNO reservierter gegenüber.

<b>Rolle der NATO Jeweils: Stimme zu</b>	<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Insgesamt</b>
<b>Wenn die NATO auf dem Balkan nicht eingegriffen hätte, wäre dort wahrscheinlich immer noch Krieg</b>	76	78	67	48	68	59	63
<b>Nur die NATO ist militärisch in der Lage, weltweit Krisen zu bewältigen</b>	39	33	33	23	32	30	31
<b>Die NATO ist vor allem Handlanger der USA</b>	27	26	34	45	39	34	36
<b>Die NATO sollte als eine Art Weltpolizei international für Ordnung sorgen</b>	49	47	45	33	41	43	42
<b>Rolle der UNO Jeweils: Stimme zu</b>							
<b>In der UNO gibt es so viele unterschiedliche Interessen, dass sie oft nicht handlungsfähig ist</b>	72	68	69	67	76	62	69
<b>Die UNO soll keine weitreichenden Entscheidungen fällen, weil so viele ihrer Mitgliedstaaten Diktaturen sind</b>	26	29	26	22	23	27	25
<b>In der UNO wird zu viel geredet und zu wenig gehandelt</b>	67	61	63	58	67	58	62
<b>Die UNO sollte sich ausschließlich auf humanitäre Aufgaben beschränken und keine Militäreinsätze durchführen</b>	40	43	41	50	39	47	43

## **5. Transatlantische Beziehungen: Die Haltung gegenüber den USA**

Das Amerikabild der Deutschen ist einerseits von Ressentiments, andererseits von Pragmatismus geprägt. Das Eigeninteresse der USA wird zwar kritisch bewertet, doch wird eine Kooperation mit den USA begrüßt. Hier wiederholen sich die Befunde aus der Problemlösung von EU und USA, bei der ebenfalls in allen wichtigen Bereichen eine gemeinsame Politik von EU und USA begrüßt wurde.

Zu den Befunden im einzelnen: Eine Mehrheit der Deutschen bewertet die Art, wie die USA eigene Interessen vertreten als rücksichtslos und egoistisch (72 Prozent). Etwa die Hälfte zweifelt an der internationalen Problemlösungsfähigkeit der Vereinigten Staaten, da auch im Lande selbst viele Probleme nicht gelöst seien. Das Image, dies einzige Nation zu sein, die sich für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzt, dominiert nicht das Amerikabild der Deutschen. Auch die Vermutung, dass nur die USA die einzige zuverlässige Führungsmacht seien, die in den Krisengebieten der Welt für Frieden sorgen kann, wird von den Deutschen nicht geteilt. Somit ist die Singularität der Vereinigten Staaten nicht im Fokus der Menschen. Die USA werden vielmehr als ein Akteur unter vielen wahrgenommen.

Das Amerikabild polarisiert die Anhänger der Parteien. Am positivsten ist das Bild, das die Unions-Anhänger von den Vereinigten Staaten haben. Die Unions-Anhänger und die PDS-Anhänger stehen sich an zwei Enden einer Skala gegenüber, wobei in der PDS-Anhängerschaft die kritischen Einstellungen dominieren.

In den neuen Ländern dominiert ein kritisches Amerikabild. Nur 14 Prozent der Ostdeutschen sehen Amerika als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten, 59 Prozent sind der Ansicht, dass die USA auch mit ihren eigenen Problemen nicht fertig werden, und nur 12 Prozent sehen die USA als handlungsfähig und zuverlässig in Krisengebieten.

Eng damit korrespondiert die Sorge, dass Amerika zu übermächtig wird. 53 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass die Gefahr besteht, dass dies eintritt. In den neuen Ländern sind auch hier die Sorgen ausgeprägter (59 Prozent). Am wenigsten

fürchten Anhänger der CDU/CSU (40 Prozent) ein übermächtiges Amerika, am stärksten fühlen sich die Anhänger der PDS bedroht (82 Prozent).

Amerikabild Jeweils: Stimme zu	CDU/ CSU	SPD	FDP	B90/ Grüne	PDS	Unent.	Insgesamt
Kein Land tritt immer wieder so für die Demokratie ein, ist ein so starker Verfechter von Freiheit und Menschenrechten	37	15	24	12	4	22	24
Auf Amerika als Weltmacht kann man sich nicht verlassen, weil die selbst im eigenen Land mit vielen Problemen nicht fertig werden können	40	59	47	60	71	47	51
Die USA sind heute die einzige zuverlässige Führungsmacht der Welt, die in den Krisengebieten der Welt für Frieden sorgen kann	32	14	19	13	6	17	20
Kaum ein anderes Land vertritt seine Interessen so rücksichtslos und egoistisch wie die USA	66	76	69	80	93	69	72

Doch trotz kritischer Haltungen gegenüber der USA, sind sich die Deutschen einig, dass ein gutes Verhältnis zu den USA wichtig ist. Und hier unterscheiden sich die Ost- und Westdeutschen kaum voneinander. Vor dem Hintergrund der unbestreitbaren Tatsache, dass es auch andere wichtige Akteure gibt, hat das Amerikabild zwar Risse, aber die transatlantische Partnerschaft ist nicht beeinträchtigt.

Fast alle Deutschen wollen ein gutes Verhältnis zu den USA (90 Prozent). 81 Prozent sind der Ansicht, dass ein schlechtes Verhältnis zu den USA der deutschen Wirtschaft schaden würde. Dankbarkeit und Sorgen halten sich etwa die Waage. Etwa zwei Drittel der Deutschen sind der Ansicht, dass man den USA für ihre Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg dankbar sein sollte. Etwa ebenso viele befürchten, dass durch eine enge Kooperation mit den USA auch in Deutschland die Gefahr von Terroranschlägen größer wird. Eine reine Obstruktionshaltung nimmt nur eine Minderheit der Deutschen ein (41 Prozent stimmen der Aussage zu, „Die USA sind so mächtig, dass man verstärkt dagegen halten muss“). Amerika wird zwar nicht geliebt, aber als Partner respektiert.

Verhältnis zu den USA Jeweils: Stimme voll und ganz zu/stimme eher zu	Insgesamt
Ein gutes Verhältnis zu den USA ist für Deutschland wichtig	90
Ein schlechtes Verhältnis zu den USA schadet der deutschen Wirtschaft	81
Je enger Deutschland mit den USA zusammen arbeitet, desto größer wird die Gefahr von Terroranschlägen bei uns	68
Die Deutschen sollten den USA für ihre Hilfe nach dem zweiten Weltkrieg dankbar sein	65
Die USA sind so mächtig, dass man verstärkt dagegen halten muss	41

Diese Trennung von Herz und Verstand zeigt sich auch in der prinzipiellen Ausrichtung europäischer Außenpolitik. Weder die Option der zu engen Partnerschaft noch die Option der vollständig eigenständigen europäischen Politik findet in der Bevölkerung Rückhalt. Vielmehr wünschen sich die Deutschen einen Mittelweg der kritischen Verbundenheit. 68 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die „Europäer zwar Partner der USA bleiben“, die Politik aber unabhängiger gestaltet werden soll.

Außenpolitik der Europäer und Kooperation mit der USA	Insgesamt
Die Europäer sollten als Partner der USA eng mit den Amerikanern zusammenarbeiten	12
Die Europäer sollten zwar Partner der USA bleiben, aber eine unabhängigere Politik verfolgen als bisher	68
Die Europäer sollten als eigenständige Kraft eine ganz unabhängige Politik verfolgen	17

## Die Autorin

*Dr. Viola Neu*, Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung